

# Kritik an Plänen für Verlegung des A8-Anschlusses

**Verkehr** Der Stadtrat Günzburg hatte das Projekt abgelehnt. Der Grünen-Ortsverband Leipheim sieht derzeit keine Notwendigkeit. Was sagt der Bürgermeister?

VON JULIA GREIF

**Leipheim** Seit den 1970er-Jahren hat sich die Stadt Leipheim mit einer Verlegung des Autobahnanschlusses beschäftigt. Dieses Jahr stand sie wieder auf der Tagesordnung: In der Juli-Sitzung beschloss der Stadtrat, für die Verlegung der Autobahnanschlussstelle Leipheim die entsprechenden Flächen zu sichern. Um das zu gewährleisten, wurde eine Veränderungssperre erlassen. Bereits in jener Sitzung hatte Brigitte Mendle (Grüne) die Abzweigung von der ehemaligen B10, heute die Staatsstraße 2509, zur geplanten Auffahrt kritisiert. Nun führen einige Mitglieder des Ortsverbandes Leipheim der Grünen ihre Bedenken bezüglich des geplanten A8-Anschlusses weiter aus. Der Anlass: Der Stadtrat Günzburg lehnte das Projekt in seiner September-Sitzung ab, mit der Begründung, die negativen Folgen für die Stadt Günzburg seien zu gravierend.

Sie wollten keine Position vorwegnehmen, betont Helmut Lindenthal vom Ortsverband. „Es besteht beim Grünen-Ortsverband Leipheim Konsens darüber, dass die Verlegung der Anschlussstelle nach den uns derzeit vorliegenden Verkehrszahlen nicht nötig ist, und der Status quo darum beibehalten werden sollte. Generell steht der Ortsverband jeder Form der Neutrassierung aus ökologischen Gründen sehr kritisch gegenüber.“ Einige Leipheimer Grünen-Mitglieder stören am meisten, dass die geplante Zugangsstraße genau dort geplant sei, wo laut Vertreterinnen und Vertretern von Landwirten, mit denen sie gesprochen hätten, sich einer der ertragreichsten Böden befinde. Das beschneide deren Existenz und sei ein „immenser Flächenverbrauch“, führt Roland Mendle aus.

Die Grünen-Ortsgruppe habe sich mit den betroffenen Landwirtinnen und Landwirten unterhalten, sagt Roland Mendle, diese seien gegen die Verlegung. Felder zu tauschen, hält Brigitte Mendle für keine gute Idee: „Wo gibt es Felder mit ähnlicher Bonität zum Tauschen?“ Der Bereich, auf dem die Abzweigung geplant sei, sei naturbelassen. Vögel, kleinere Tiere und Wild bewegten sich auf den bestehenden Wegen. „Wildunfälle sind da vorprogrammiert“, prognostiziert sie.

Leipheims Bürgermeister Christian Konrad (CSU) betont, konfrontiert mit diesen Argumenten, die finalen Planungen seien noch gar

nicht da. Die bisherigen Planungen sähen aber vor, die schon bestehenden Feldwege zu nutzen. Wo ökologische Ausgleichsflächen gefunden werden könnten, habe man noch nicht besprochen. Die Stadt Leipheim habe in diesem Feld noch Flächen mit ähnlicher Bonität, außerdem Flächen Richtung Riedheim und Bubesheim mit ähnlicher Qualität, die man tauschen könnte. Und die Wildunfälle? Konrad sagt: „Wenn das so wäre, hätten wir jetzt schon einen Haufen Wildunfälle bei der jetzigen Straße.“ Ansonsten müsste man einen Wildzaun aufstellen. Wegen der Baustelle meide das Wild dann aber sowieso schon die Straße.

Ein weiteres Argument dagegen: Die neue Brücke bringe Lärm in die Oberstadt, sagt Roland Mendle. Durch die Bahn und die Autobahn werde „Leipheim im Lärm ersticken“, prognostiziert Brigitte Mendle. Es gebe nicht so viel Verkehr in Leipheim, dass man den Anschluss verlegen müsste. Ebenso gebe es noch keine aktuellen Verkehrszahlen, ergänzt er. Auch die Planung sei noch nicht so weit wie gedacht: Auf Anfrage der Bundestagsabgeordneten Elkin Deligöz schrieb ein Vertreter des Bundesverkehrsministeriums in einem Brief vom 2. September, der der Redaktion vorliegt: „Der Autobahn GmbH des Bundes wurde bisher keine Planung vom Staatlichen Bauamt Krumbach vorgelegt.“ Und wo soll der Radweg hin, wenn die jetzige Brücke zurückgebaut wird? Konrad sagt auf Nachfrage, die Planung

## Die Kosten sehen manche kritisch

sei noch nicht so weit, den Standort der Brücke zu planen. Eine Möglichkeit wäre, ihn parallel zur neuen Umgehung zu bauen.

Auch die Kosten sehen einige kritisch: Wie Grünen-Stadträtin Brigitte Mendle ausführt, solle die Verlegung nach einer Schätzung im Rahmen der Mobilitätsstudie 30 Millionen Euro kosten. Grünen-Landesvorsitzende Eva Lettenbauer und Bundestagsabgeordnete Deligöz gingen von der doppelten Summe aus, sagt Ortsgruppen-Mitglied Marion Bayer. Wie Roland Mendle ausführt, kosteten die Aushubarbeiten und eine neue Brücke, die gebaut werden müsse, Geld, ebenso

die Baumaßnahme an sich. Auch der Anschluss von der ehemaligen Bundesstraße, die an Echlishausen vorbeiführt, zum neuen Anschluss und der Anschluss vom Areal Pro auf die neue Auffahrt koste Geld. Konrad sagt, 20 bis 30 Millionen Euro brutto Gesamtkosten, das könne sein, aber der alte Stand sei, dass der Zweckverband acht Millionen Euro Eigenbetrag zahlen müsse, nach Abzug der Fördergelder.

Dass die Entwicklung des Areal Pro als Begründung für den neuen Autobahnanschluss dienen soll, sieht Brigitte Mendle mit Skepsis: Das Areal Pro ist ihr zufolge bereits voll, sie sehe auch kritisch, dass es noch 25 Hektar größer werden solle. Ihre Befürchtung: „Leipheim wird irgendwann ein kleiner Ort in einem großen Industriegebiet.“ Konrad entgegnet auf Nachfrage der Redaktion, alle drei Kommunen, Bubesheim, Günzburg und Leipheim, hätten Probleme mit dem Auto- und Lastwagenverkehr. Das Areal Pro sei aber schon der hauptsächliche Auslöser. Von den ursprünglich drei Varianten – einer Parallelspur zur Autobahn, dem Anschluss Richtung Bubesheim oder der Verlegung der Anschlussstelle – sei nur die dritte übrig geblieben. Und allein durch mehr Einwohner habe Leipheim in den nächsten fünf bis zehn Jahren eine „natürliche Verkehrszunahme von zehn Prozent“. Grundsätzlich sei es das Ziel, mit der Verlegung der Anschlussstelle „den Verkehr fließend zu machen“ im nordwestlichen Landkreis.

Ebenso bemängeln einige Grüne, wie im Stadtrat Informationen ausgetauscht werden: Der Stadtrat bekomme, sagt Stadträtin Brigitte Mendle, zum Beispiel keine Berichte aus den Sitzungen des Zweckverbands Areal Pro. Und bei Nachfrage nicht alle Informationen. Marion Bayer sagt, in der Günzburger Stadtratssitzung hätten die Zuhörerinnen und Zuhörer mehr über den Leipheimer Anschluss erfahren als in der Leipheimer Stadtratssitzung. Konrad entgegnete, die Stadträtinnen und Stadträte könnten selber nach mehr Informationen fragen, mit ihm persönlich oder der zuständigen Amtsleiterin oder dem zuständigen Amtsleiter sprechen. Bei der Klausurtagung am 11. Dezember sei der aktuelle Stand der Anschlussstelle Thema, dort werde er auch das Verkehrskonzept mit Zäunten vorstellen.